

\* Gegen die Kartoffelverfütterung wendet sich auch der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen in einer Eingabe an das Kriegsernährungsamt, in der der Einspruch der Oberbürgermeister gegen die Freigabe der Kartoffeln unterstützt und die Erhöhung der allgemein gewährten Wochenmenge auf 10 Pfund wöchentlich gefordert wird. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen ver-

langt die Beschlagnahme der Kartoffeln in den Mieten beim Landwirt. Erst nach Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung darf der Rest für die Verfütterung freigegeben werden. Für die Erhöhung der Wochenmenge auf 10 Pfund würden insgesamt 1,5 Mill. Tonnen erforderlich sein, eine Menge, die auch unter den jetzigen Transportverhältnissen herangeschafft werden kann, nachdem die Deckung des Winterbedarfs in den meisten Städten verhältnismäßig gut geregelt und z. T. schon für den ganzen Winter gesichert ist.